

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Discussion Paper

Carsten Schymik

Norwegens Sonderweg nach Europa

Warum Norwegen nicht
Mitglied der Europäischen
Union ist

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-936183-73-3

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-4952
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>

**C173
2007**

Dr. Carsten Schymik, Jahrgang 1967, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität zu Berlin und Forschungsstipendiat des Dag-Hammarskjöld-Programms der Schwedischen Reichsbankstiftung. Seit 2003 leitet er die Forschungsgruppe Nordeuropäische Politik (FOR:N) an der HU Berlin.

Nach dem Studium der Geschichte, Rechts- und Politikwissenschaft in Berlin und Bergen/Norwegen promovierte Carsten Schymik an der HU Berlin mit einer vergleichenden Studie über politischen Widerstand gegen die europäische Integration in Dänemark, Schweden und Norwegen (Europäische Anti-Föderalisten. Volksbewegungen gegen die Europäische Union in Skandinavien, Leipzig/Berlin: Edition Kirchhof & Franke 2006). Andere Publikationen der letzten Jahre beschäftigen sich mit Problemen der EU-Integration, der inneren Sicherheit sowie der Zivilgesellschaft in Nordeuropa und dem Ostseeraum.

Carsten Schymik

Norwegens Sonderweg nach Europa

Warum Norwegen nicht Mitglied der Europäischen Union ist

„Die Wege sind zu lang hier und die Hänge ein bißchen zu steil / In diesem Andersland / das uns gehört.“ So lauten die Schlußverse eines Gedichts des norwegischen Schriftstellers Rolf Jacobsen aus dem Jahr 1985, dessen Titel „Anderledeslandet“ („Das Andersland“)¹ zum Schlagwort für den Sonderweg geworden ist, den Norwegen in Europa eingeschlagen hat. Kein anderes Land hat sich dem Integrationsprozeß bislang so nachdrücklich verweigert. Bereits zwei Mal, 1972 und 1994, lehnte Norwegen einen Beitritt zur EG/EU durch Volksabstimmung ab, und eine erneute Debatte und Entscheidung über die EU ist nicht absehbar. Norwegens offenkundige Euroskepsis macht das Land zu einem relevanten Forschungsobjekt im Hinblick auf die Grenzen demokratischer Legitimation der EU. Wie ist der politische Widerstand gegen die EU in Norwegen zu erklären? Was macht ihn so stark und nachhaltig?

Das Phänomen Euroskepsis, das in diesem Diskussionspapier² am Beispiel Norwegens untersucht wird, ist von der politikwissenschaftlichen Europaforschung bislang vernachlässigt worden. Seit der direktdemokratischen Zurückweisung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden

- 1 Eigene Übersetzung. Originaltext in: Lundteigen, Per Olaf / Anne K. Grimrud: *Annerledeslandet – som ikke er seg selv nok* (Das Andersland – das sich nicht selbst genügt), Oslo: Cultura 1997, S. 101.
- 2 Soweit nicht anders angegeben, basiert dieser Aufsatz auf der 2006 erschienen Dissertation des Autors: *Europäische Anti-Föderalisten. Volksbewegungen gegen die Europäische Union in Skandinavien*. Leipzig/Berlin: Edition Kirchhof & Franke.

mehren sich zwar einschlägige Studien. Allerdings geht die Durchdringung des Themas selten über die Auswertung von Daten der Meinungsforschung wie dem Eurobarometer hinaus. Es mangelt sowohl an Arbeiten zur theoretischen Erfassung von Euroskepsis als auch an empirischen Einzelfall- oder Vergleichsstudien über das Denken und Handeln von Euroskeptikern. Hier setzt die vorliegende Analyse an, indem das Augenmerk auf die innenpolitische Opposition Norwegens gerichtet wird, die entscheidend zur Ablehnung des EU-Beitritts beigetragen hat, einer Opposition, die sich vor allem in Form einer außerparlamentarischen „Volksbewegung“ mit dem Namen *Nei til EU* (Nein zur EU) manifestiert hat.

Der Aufsatz ist in vier Teile gegliedert. Der erste Abschnitt dient der Einführung von drei theoretischen Modellen, die im Anschluß an die vorherrschenden Integrationstheorien des Funktionalismus, Intergouvernementalismus und Föderalismus entwickelt und aus denen unterschiedliche Annahmen über die mutmaßlichen Akteure und Motive euroskeptischer Opposition hergeleitet werden können. Diese Hypothesen werden anschließend am Beispiel Norwegens überprüft. Nach einem historischen Überblick über die Integrationsentwicklung Norwegens seit 1945 im zweiten Teil wird im dritten Teil die Bewegung Nein zur EU vorgestellt und unter den Aspekten Organisation, Mitgliederbasis und Finanzierung sowie bezüglich ihres politisch-ideologischen Profils portraitiert. Auf dieser Grundlage erfolgt im vierten Teil die Analyse der norwegischen Anti-EU-Bewegung im Hinblick auf die Frage, welches der drei Modelle die Anti-EU-Bewegung am besten beschreibt und insofern eine Gesamtinterpretation des norwegischen EU-Widerstands bietet. Im Ergebnis wird argumentiert, daß die starke innenpolitische Opposition gegen Norwegens Integration in die EU im wesentlichen anti-föderalistischer Natur ist, weshalb zu erwarten ist, daß dieser Widerstand auch in zukünftigen Europa-Debatten eine ausschlaggebende Rolle spielen wird.

1. Modelle anti-integratorischer Opposition

Die Suche nach Erklärungen für den nachhaltigen Integrationswiderstand in Norwegen setzt die theoretische Erfassung dessen voraus, was im Fol-

genden *politischer Widerstand gegen die europäische Integration* oder kurz *anti-integratorische Opposition* genannt wird. In der politikwissenschaftlichen Europaforschung haben sich langfristig die Theorien des Föderalismus, Funktionalismus und Intergouvernementalismus als die drei wichtigsten Denkschulen der europäischen Integration herauskristallisiert.³ Obwohl alle drei Theorien in erster Linie darauf gerichtet sind, die Voraussetzungen und Bedingungen für das erfolgreiche Zustandekommen von Integration zu ermitteln, lassen sich ihnen im Umkehrschluß auch Erläuterungsansätze für das Aufkommen anti-integratorischer Opposition entnehmen. Tatsächlich bietet jede der genannten Theorien eine jeweils distinkte Vorstellung über politischen Widerstand gegen die europäische Integration. So interpretiert der Föderalismus anti-integratorische Opposition als Anti-Föderalismus, der Funktionalismus als Nationalismus und der Intergouvernementalismus als Protektionismus.

Das *anti-föderalistische Modell* liefert einen idealistischen Erklärungsansatz für politischen Widerstand. Die Theorie des Föderalismus⁴ konstruiert die europäische Integration als einen demokratischen Verfassungsprozeß, der in die Gründung eines europäischen Bundesstaates mündet. Anti-Föderalisten teilen im Ausgangspunkt diese föderalistische Interpretation des Integrationsprozesses, opponieren aber gegen das politische Ziel der 'Vereinigten

3 Innerhalb dieser drei Denkschulen haben sich verschiedene Ausprägungen entwickelt, die sich begrifflich in Zusätzen wie „neo“ oder „post“ oder gar „post-neo“ niederschlagen. In der weiteren Darstellung wird dies zwar inhaltlich berücksichtigt, doch an den Ausgangsbezeichnungen Föderalismus, Funktionalismus und Intergouvernementalismus festgehalten.

4 Grundlegend zur Theorie des Föderalismus sind die Schriften der nordamerikanischen Verfassungsväter Alexander Hamilton, John Jay und James Madison in den *Federalist Papers 1787/88*. Zum europäischen Föderalismus vgl. Burgess, Michael: *Federalism and European Union: Political Ideas, Influences and Strategies in the European Community, 1972-1987*, London: Routledge 1989; Wistrich, Ernest: *The United States of Europe*, London: Routledge 1994; Schneider, Heinrich / Wolfgang Wessels: *Föderale Union – Europas Zukunft?*, München: C.H. Beck 1994; Wessels, Wolfgang: „Die Europäische Union der Zukunft – immer enger, weiter und ... komplexer? Die Fusionsthese“, in: Thomas Jäger / Melanie Piepenschneider (Hg.): *Europa 2020. Szenarien politischer Entwicklungen*, Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 45-79.

Staaten von Europa'. Der Anti-Föderalismus bildet insofern den ideellen Gegenpol zur Bewegung der europäischen Föderalisten. Empirisch läßt sich anti-föderalistische Opposition nicht an bestimmten Akteurskonstellationen festmachen, sondern eher an der Gemeinsamkeit demokratischer Überzeugungen, die im unvereinbaren Widerspruch zur föderalen Staatswerdung Europas gesehen werden und die der anti-föderalistischen Bewegung Zusammenhalt und Identität verleihen. Anti-Föderalisten sind primär motiviert durch Verfassungspatriotismus, das heißt durch den Wunsch zur Verteidigung der nationalen Demokratie gegen die im Rahmen einer europäischen Föderationsgründung notwendige Zentralisierung der politischen Macht.

Die Theorie des Funktionalismus⁵ legt eine normative Erklärung für anti-integratorische Opposition nahe, die man als *nationalistisches Modell* bezeichnen kann. Der Funktionalismus läßt in der Konsequenz des Spillover-Theorems keinen Raum für eine rationale bzw. legitime Begründung von Integrationswiderstand, der deshalb letztlich auf nationalchauvinistische oder im weiteren Sinne populistische Motive zurückgeführt werden muß. In diesem Sinne ist Nationalismus als Sammelbegriff zu verstehen, hinter dem sich eine Vielfalt oppositioneller Akteure und ideologischer Motive verbergen kann. Ihr gemeinsamer Nenner besteht darin, daß sie primär einen Kampf um die Ideologisierung des nach funktionalistischem Verständnis unideologischen Integrationsprozesses führen. Typische Akteure nationalistischer Opposition sind somit Parteien und Gruppierungen, die ihrerseits radikale Ideologien propagieren, unabhängig davon, ob diese Ideologien eine links- oder rechtsextreme Stoßrichtung besitzen. Nationalistischer Integrationswiderstand kann im Grunde alle Formen weltanschaulicher Fundamentalismen vereinen, weil der innere Zusammenhalt der Opposition weniger durch gemeinsame

5 Zur Funktionalismus-Theorie siehe Welz, Christian / Christian Engel: „Traditionsbestände politikwissenschaftlicher Integrationstheorien: Die Europäische Gemeinschaft im Spannungsfeld von Integration und Kooperation“, in: Armin von Bogdandy (Hg.): *Die Europäische Option: eine interdisziplinäre Analyse über Herkunft, Stand und Perspektiven der europäischen Integration*, Baden-Baden: Nomos 1993, S. 129-170, mit weiterer Literatur.

politische Ideale, sondern in erster Linie durch gleichgerichtete machtpolitische Ziele gestiftet wird.

Das *protektionistische Modell* ist dem Intergouvernementalismus⁶ entlehnt und bietet ein ökonomisches Erklärungsmodell für politischen Widerstand. Der Intergouvernementalismus versteht die EWG-EG-EU im wesentlichen als das Resultat einer pragmatischen Zusammenarbeit souveräner Nationalstaaten nach Maßgabe ökonomischer Kosten-Nutzen-Kalküle. Anti-integratorischer Widerstand ist ein integraler Teil des europäischen Integrationsprozesses, weil dieser Prozeß zwangsläufig sowohl Vorteile als auch Nachteile zeitigt. Die Träger anti-integratorischer Opposition sind daher vor allem wirtschaftliche Interessengruppen mit protektionistischen Interessen. Dieser Protektionismus kann auf einzelne Wirtschaftssektoren bezogen sein, wo beispielsweise der Abbau vorteilhafter Subventionsordnungen befürchtet wird, oder auf die drohende Senkung nationaler Regulationsstandards im Zuge europäischer Harmonisierungsmaßnahmen in Bereichen wie dem Umwelt- oder Gesundheitsschutz. Das intergouvernementalistische Modell entwirft damit ebenso wie das nationalistische und das anti-föderalistische Modell eine distinkte Interpretation des politischen Widerstands gegen die europäische Integration, die bestimmte Annahmen über seine relevanten Akteure und Motive impliziert (siehe Tabelle).

6 Hier verstanden als *liberal intergovernmentalism* im Anschluß an Moravcsik, Andrew: *The choice for Europe: social purpose and state power from Messina to Maastricht*, Ithaka, NY: Cornell University Press 1998.

Tabelle: Modelle des politischen Widerstands gegen die europäische Integration

| | Akteure (Euroskeptiker) | Motive (Euroskepsis) |
|--|---|--|
| Anti-Föderalismus (Föderalismus) | Politische Bewegung mit heterogener sozialer Basis, verbunden durch gemeinsame demokratische Ideale | Verteidigung nationaler Demokratie im historischen Verfassungsprozeß der 'Vereinigten Staaten von Europa' |
| Nationalismus (Funktionalismus) | Zweckbündnis radikaler und populistischer Parteien/Gruppen auf der Basis gleichgerichteter machtpolitischer Ziele | Nationalistische Behauptung von Ideologien gegen die funktionalistische Rationalität der Integration Europas |
| Protektionismus (Intergouvernementalismus) | Interessenkoalition ökonomischer Organisationen/Gruppen aufgrund negativer Kosten-Nutzen-Kalküle | Schutz volkswirtschaftlicher Sektoren und Regulationsstandards gegen die ökonomische Liberalisierung im Rahmen der EWG-EG-EU |

Es ist zu betonen, daß Anti-Föderalismus, Nationalismus und Protektionismus hier nicht als ausgereifte Theorien verstanden werden, sondern als theoretische Modelle. Dies bedeutet, daß es sich jeweils um eine „stilisierende Rekonstruktion“ handelt, „die den Zusammenhang oder Ablauf beobachtbarer Phänomene stark vereinfachend wiedergibt.“⁷ Als idealtypische Interpretationen schließen sich die drei Modelle zudem nicht gegenseitig aus, ebensowenig wie die ihnen zugrundeliegenden Theorien. Mit Blick auf den norwegischen Fall ist folglich davon auszugehen, daß sich in der Anti-EU-Bewegung sowohl das anti-föderalistische als auch das nationalistische und protektionistische Modell bis zu einem gewissen Grad widerspiegeln kann. Es wird also im Lichte des empirischen Befundes darauf ankommen, eine Abwägung zwischen den verschiedenen Erklärungsansätzen vorzunehmen und dabei die Frage zu beantworten, ob und inwieweit sich eines der drei Modelle als Gesamtinterpretation des norwegischen Integrationswiderstandes anbietet.

7 Nohlen, Dieter / Manfred G. Schmidt: „Modell“, in: Dieter Nohlen (Hg.): *Lexikon der Politik. Band 7: Politische Begriffe*, München: C.H. Beck 1998, S. 394.

2. Historischer Überblick

Die Beziehungen Norwegens zu Europa haben sich im langfristigen Wechsel zwischen heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen und Perioden weitgehender Stille im öffentlichen Diskurs entwickelt. Insgesamt läßt sich die Integrationsentwicklung Norwegens nach 1945 in fünf historischen Phasen beschreiben.⁸

Nachkriegszeit (1945-1961). Der Zweite Weltkrieg führte in Norwegen einen fundamentalen Orientierungswechsel gegenüber Europa herbei. Aufgrund des militärischen Überfalls und der fünfjährigen Besetzung hatte Deutschland seine seit dem 19. Jahrhundert gewonnene Rolle als kulturelles, wirtschaftliches und politisches Bindeglied zum europäischen Kontinent verwirkt. Norwegen gab seinen Neutralitätsstatus auf und folgte als Gründungsmitglied der NATO ab 1949 einer strikt transatlantischen Sicherheitspolitik. Wie Großbritannien betrachtete sich das skandinavische Land in quasi natürlicher Distanz zu Europa. Norwegen nahm zwar am Marshall-Plan teil und wurde Mitglied der OEEC (OECD) und des Europarates, doch eine darüber hinausgehende Teilnahme am kontinentalen Integrationsprozeß stand nicht zur Debatte. Vielmehr richtete sich die Außenpolitik während der 1950er Jahre auf die nordische Zusammenarbeit mit Dänemark, Schweden, Finnland und Island. Kennzeichnend für den Zeitgeist in Oslo war eine Haltung ausgeprägter Gleichgültigkeit gegenüber dem Integrationsgeschehen 'unten in Europa'.

Mit dem Abschluß der Römischen Verträge und der Konstituierung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde der Integrationsprozeß 1958 auf eine neue institutionelle Stufe gestellt. Nachdem London frühzeitig signalisiert hatte, nicht an der EWG teilnehmen zu wollen, kam ein solcher Gedanke auch in Oslo nicht auf. Statt dessen trug Norwegen dazu bei, einen institutionellen Gegenentwurf

8 Vgl. die Gesamtdarstellungen von Knudsen, Bård Bedrup: *Den nye Europa-debatten. Partiene og Norges forhold til EF mot år 2000*, Oslo: J.W.Cappelen 1989; Hegtun, Halfdan: *Kampen for fred. Europa 1945-90*, Oslo: Aschehoug 1990; Schumacher, Tom: *Die nordische Allianz in der Europäischen Union*, Opladen:

zur EWG zu schaffen. Durch die Gründung der Europäischen Freihandelszone (EFTA) entstand 1960 mit Skandinavien, Großbritannien, Portugal, Österreich und der Schweiz eine Gemeinschaft der Sieben, die perspektivisch in Konkurrenz zur kontinentalen Gemeinschaft der Sechs (Benelux, Deutschland, Frankreich, Italien) treten konnte, insofern die EFTA ohne supranationale Institutionen auskam und damit ein Modell rein zwischenstaatlich organisierter Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel anbot. Norwegen konnte einem solchen Modell der europäischen Zusammenarbeit problemlos folgen, zumal die EFTA innenpolitisch unumstritten war. Wichtiger als die institutionelle Perspektive der EFTA war für Norwegen indes die enge Bindung an Großbritannien. Dies zeigte sich bereits im Jahr nach der Gründung der EFTA, als London einen überraschenden außenpolitischen Kurswechsel vollzog und dadurch auch in Skandinavien die erste große Europa-Debatte auslöste.

Die erste große Europa-Debatte (1961-1972). Im Herbst 1961 beantragte Großbritannien die Aufnahme in die EWG. Innerhalb der Gemeinschaft stieß das britische Beitritts-gesuch überwiegend auf Zustimmung, aber auch auf Bedenken, vor allem seitens des französischen Staatspräsidenten de Gaulle, dessen Veto 1963 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen verhinderte. 1966/67 wiederholte sich dieser Vorgang. Erst der Rücktritt de Gaulles ebnete 1969 den Weg zum Eintritt Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft 1973. Der Takt der britischen Beitrittsanträge von 1961, 1966 und 1970 bestimmte auch den Verlauf der Europa-Debatte in Norwegen. Mit dem ersten britischen Antrag rückte das Thema EWG zum ersten Mal auf die innenpolitische Tagesordnung. Doch so schnell und kontrovers die Debatte um die Jahreswende 1961/62 entflammt war, erlosch sie Mitte 1963 infolge des französischen Vetos gegen Großbritannien. Mit dem zweiten Antrag Großbritanniens loderte die Europa-Debatte 1966 wieder auf, verglühte jedoch erneut nach de Gaulles zweitem Veto im Jahr darauf. Ab 1970 erlebte die Debatte dann ihren dritten Schub und spitzte sich schließlich sich auf dem Hintergrund der erfolgreichen britischen Beitrittsverhandlungen zu. In der Volksabstimmung am 25. September 1972 sprach

Leske + Budrich 2000, S. 81-128; Schymik, Carsten: „Nordische Sonderwege nach Europa“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 47/2004, S. 10-15.

Norwegens Sonderweg nach Europa

sich die norwegische Bevölkerung mit 53,5 zu 46,5 Prozent gegen einen Beitritt aus. Während die EG 1973 mit Großbritannien, Irland und Dänemark die erste Norderweiterung vollendete, blieb Norwegen außerhalb der Gemeinschaft.

Stilles Intermezzo (1973-1987). Nach Abschluß des Freihandelsvertrages mit der EG 1973 kehrte in Norwegen schnell wieder politische Normalität ein. Eine Normalität freilich, die darauf beruhte, das Thema EG nach Möglichkeit zu verschweigen, weil es unguete Erinnerungen weckte. Die Volksabstimmung von 1972 ging als Trauma in das kollektive Gedächtnis ein. Der Streit um die EG hatte die politische Konsenskultur des Landes einer ernsthaften Belastungsprobe unterzogen und die Gesellschaft bis hinein in die Familien in verfeindete Ja- und Nein-Lager gespalten. Bis heute kursieren in Norwegen Erzählungen darüber, daß der Konflikt oft ins Persönliche gegangen sei, daß er Freunde und Nachbarn, ja ganze Dörfer und Regionen gegeneinander aufgebracht und selbst Eheleute und Familien entzweit habe. Auch wenn Erzählungen dieser Art nicht durch empirische Belege untermauert werden können, haben sie einer allgemeinen Überzeugung Vorschub geleistet, wonach man die 'Schützengräben von 1972' im Interesse des gesellschaftlichen Friedens nie wieder ausheben dürfe. Folglich wurde die EG-Frage nicht nur nach Möglichkeit ignoriert, sondern mithin tabuisiert. Wie weit diese Tabuisierung ging, zeigt eine Äußerung des sozialdemokratischen Stortingsabgeordneten Einar Førde, der am Vorabend der zweiten großen Europa-Debatte im Juni 1988 konstatierte: „Die Entwicklung seit 1972 in Norwegen ist wahrscheinlich die Entwicklung eines Volkes, das einst das am besten informierte Europas war und nun vielleicht das in europäischen Fragen am schlechtesten informierte Europas ist.“⁹

Das stille Intermezzo, das der ersten großen Europa-Debatte folgte, endete nicht erst mit der globalen Zeitenwende 1989, sondern schon einige Jahre zuvor auf dem Hintergrund des Binnenmarkt-Projektes. Im Jahr 1985 lancierte die EG-Kommission ihren Plan für den Europäischen

9 Eigene Übersetzung des Zitats aus: Bjartnes, Anders / Hanne Skartveit: *Brussel tur – retur*, Oslo: Tiden Norsk Forlag 1995, S. 11.

Binnenmarkt, der dann zwischen 1987 und 1992 auf Grundlage der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) verwirklicht wurde. 'Europa '92' eröffnete aus Sicht Norwegens sowohl Chancen als auch Risiken. Die Chancen beruhten auf der Hoffnung, daß der Binnenmarkt eine wirtschaftliche Wachstumsdynamik in Europa auslösen würde, die Risiken hingegen auf der Befürchtung, daß Norwegen als Nicht-EG-Mitglieder von dieser Dynamik ausgeschlossen werden könnte. 1988 setzte Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland deshalb einen parlamentarischen Grundsatzbeschuß durch, demzufolge die gesamte nationale Gesetzgebung systematisch überprüft und gegebenenfalls an europäisches Binnenmarktrecht angeglichen werden sollte. Im Jahr darauf trug sie im Rahmen der EFTA dazu bei, den Aufbau des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) in Gang zu setzen, um einen institutionellen Überbau für die national bereits angelaufenen Vorbereitungen auf den Europäischen Binnenmarkt zu schaffen. Diese von der Opposition als 'EG-Anpassung' kritisierte Politik lieferte den ausschlaggebenden Impuls für die zweite große Europa-Debatte.

Die zweite große Europa-Debatte (1988-1994). Norwegens erneute Hinwendung zu Europa implizierte zwei Grundsatzentscheidungen: zunächst über den Europäischen Wirtschaftsraum und anschließend über die Vollmitgliedschaft in der EU. Beide Fragen waren innenpolitisch umstritten, wurden aber unterschiedlich beantwortet. Am 16. Oktober 1992 verabschiedete das Storting (Parlament) mit qualifizierter Dreiviertel-Mehrheit den EWR-Vertrag, der am 1.1.1994 in Kraft trat. Bei der Volksabstimmung am 29. November 1994 stimmte dann jedoch eine Mehrheit von 52,3 zu 47,7 Prozent gegen den Beitritt zur EU. Im Ergebnis der zweiten großen Europa-Debatte entschied sich Norwegen also für die wirtschaftliche Integration in den Europäischen Binnenmarkt, aber wie 1972 gegen die volle politische Integration in die EU. Während die EU mit dem Beitritt von Schweden und Finnland 1995 die zweite Norderweiterung abschloß, blieb Norwegen das 'Andersland' außerhalb der Union.

Semi-Integration (1995 –). Anders als 1972 verschwand Europa nach 1994 nicht von der politischen Agenda. Schon wegen der dynamischen Natur des EWR-Vertrages, das heißt der Notwendigkeit einer kontinuierlichen Um-

setzung neuer Binnenmarkt-Regeln in die nationale Gesetzgebung, kam eine erneute Tabuisierung der Europapolitik nicht in Frage. Außerdem machte die EU-Integration Norwegens unterhalb der Schwelle einer Vollmitgliedschaft erhebliche Fortschritte. Auf der Grundlage von Vertragsrationalifikationen in den Jahren 1996 und 1999 erfolgte der Beitritt zur Schengener Zusammenarbeit bei Inneres, Polizei und Justiz, die seit 2001 in allen nordischen Ländern praktiziert wird.¹⁰ Des Weiteren kooperiert Norwegen mit der EU im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).¹¹ Schließlich hat sich Norwegen als EWR-Mitglied zu erheblichen finanziellen Hilfen im Zusammenhang mit dem EU-Osterweiterungsprozess verpflichtet und ist auf diese Weise zu einem der größten Nettozahler der EU geworden.¹²

Trotz der zweimaligen Absage an eine Vollmitgliedschaft befindet sich Norwegen heute in einer Position, die man als semi-integriert bezeichnen kann. Als NATO-Mitglied und Waffenbruder der EU erfolgt Norwegens Politik der äußeren Sicherheit in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern. Im Bereich der inneren Sicherheit partizipiert Norwegen durch Schengen direkt an der EU, allerdings mit der Einschränkung, daß es zwar Mitwirkungsrechte, aber kein Stimmrecht genießt. Gleiches gilt für den EWR und die Teilnahme am Europäischen Binnenmarkt, von dessen Geltungsbereich im wesentlichen nur Landwirtschaft und Fischerei ausgenommen sind. Norwegens Sonderweg hat das Land nicht in die Isolation, sondern weiter nach Europa geführt. Tatsächlich ist Norwegen in bestimmten Fragen der Schengen-Kooperation stärker an EU-Recht gebunden als der Mitgliedstaat Dänemark, und die finanziellen Transferleistungen von

10 Schymik, Carsten: „Norwegens neue Gesellschaftssicherheit: europäisiert wider Willen“, in: Gert-Joachim Glaebner / Astrid Lorenz (Hg.): *Europäisierung der inneren Sicherheit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005, S. 185-202.

11 Vgl. Godal, Bjørn-Tore: *In Europa, aber (noch) nicht in der EU. Die Position Norwegens*. Vorlesung in der Humboldt-Universität zu Berlin am 2.12.2004 [<http://www.norwegen.no/policy/europe/speechhumboldt.htm>; letzter Aufruf: 27.3.2007].

12 Sverdrup, Ulf: „Norge og EU-utvidelsen: forhandling og opinion“, *Internasjonal politikk* 62(1) 2004, S. 69-83.

Oslo nach Brüssel übertreffen bei weitem jene aus den meisten anderen EU-Hauptstädten. Insgesamt ist in Nordeuropa dadurch in den letzten Jahren eine widersprüchliche und mithin paradoxe Integrationsgeometrie entstanden.

3. Außerparlamentarische Opposition gegen die EU

Der Sonderweg Norwegens ist vor allem die Konsequenz einer nachhaltig starken innenpolitischen Opposition gegen die europäische Integration. Sowohl zu Beginn der 1970er als auch der 1990er Jahre entstanden große außerparlamentarische Bewegungen, die gegen einen Beitritt zur EG/EU arbeiteten. 1970 konstituierte sich die Volksbewegung gegen eine norwegische Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt (*Folkebevegelsen mot norsk medlemskap i Fellesmarkedet*), der sich bis zur Volksabstimmung im September 1972 rund 130.000 Mitglieder anschlossen. 1990 entstand die Organisation Nein zur EU (*Nei til EU*), die den Mobilisierungserfolg ihrer Vorgängerin sogar noch übertraf und bei der Abstimmung im November 1994 ca. 145.000 Mitglieder zählte. Angesichts einer Gesamteinwohnerzahl von 4,4 Millionen (1994) läßt sich das beeindruckende Ausmaß des norwegischen EU-Widerstandes ermessen: Eine vergleichbar große Anti-EU-Bewegung in Deutschland beispielsweise hätte über 2,5 Millionen Mitglieder haben müssen.

Die norwegische Anti-EU-Bewegung kann zu den größten und erfolgreichsten außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen der europäischen Nachkriegsgeschichte gerechnet werden. Doch wer verbirgt sich hinter dem organisierten „Nein zur EU“? Trotz lückenhafter Quellenlage – zum Beispiel ist das Mitgliederverzeichnis von Nein zur EU nicht zugänglich – läßt sich anhand der vorliegenden Informationen ein hinreichend klares Bild des organisatorischen, sozialen, territorialen, finanziellen und politisch-ideologischen Profils der norwegischen Anti-EU-Bewegung zeichnen.

Als Bewegungsorganisation verfügt Nein zur EU über einen hierarchischen Aufbau mit repräsentativ-demokratischen Strukturen. Das auf der Gründungsversammlung 1990 verabschiedete Statut definiert Nein zur EU als

„landesweite, überparteiliche und anti-rassistische Organisation“ auf der Basis individueller Mitgliedschaft.¹³ Das höchste beschlußfassende Organ bildet die jährliche „Landesversammlung“ (*landsmøte*), die über die politischen und organisatorischen Grundsätze der Bewegung entscheidet und die Mitglieder der beiden Führungsgremien „Vorstand“ (*styre*) und „Rat“ (*råd*) wählt. Während dem von einem „Führer“ (*leder*) geleiteten Vorstand das politische Tagesgeschäft obliegt, dient der Rat als höchstes Gremium zwischen den Landesversammlungen und kann insbesondere über das Budget der Bewegung entscheiden. Die Delegierten der Landesversammlung werden ihrerseits auf Jahresversammlungen in den Regionen (*fylker*) gewählt, deren Teilnehmer wiederum durch Wahl in Versammlungen auf Lokalebene legitimiert werden, wo jedes Mitglied Teilnahme-, Rede- und Stimmrecht genießt. Alles in allem ähnelt die Bewegungsorganisation Nein zur EU in Aufbau und Struktur einer politischen Partei.

Im Hinblick auf die soziale Zusammensetzung der Mitgliederbasis ist zunächst festzustellen, daß Nein zur EU Anhänger quer durch alle Bevölkerungsschichten gewonnen hat, wengleich mit erkennbaren Abstufungen. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ist Nein zur EU in drei Gruppen deutlich überrepräsentiert, und zwar bei jungen Menschen, bei Menschen mit Verbindung zur Landwirtschaft und bei Menschen in Bildungsberufen. Sowohl 1972 als auch 1994 profitierte die Nein-Bewegung erheblich von der Tatkraft und Kreativität junger Aktivisten. Waren es 1972 vor allem die studentischen Milieus der Universitätsstädte, aus denen die Volksbewegung einen großen Teil ihres professionellen Mitarbeiterstabes rekrutierte, mobilisierte Nein zur EU zu Beginn der 1990er Jahre in erster Linie Schülerinnen und Schülern im Alter von 16-18 Jahren. Noch stärker als Jugendliche kennzeichnen Erwerbstätige im primärwirtschaftlichen Sektor die Mitgliederbasis der Nein-Bewegung, das heißt Fischer und vor allem Landwirte, wobei letztere Gruppe nicht nur die auch in Norwegen relativ kleine Zahl hauptberuflicher Landwirte umfaßt, sondern auch eine größere Zahl von Kleinbauern in Teilzeit- oder Freizeit-Beschäftigung.

13 Nein zur EU, Statut (*vedtekter*), beschlossen von der Gründungsversammlung in Stjørdal, 24./25.11.1990.

1994 stellte diese Gruppe 30 Prozent aller erwerbstätigen Mitglieder von Nein zur EU, während ihr Anteil an der Gesamtheit der Erwerbstätigen nur 6,4 Prozent (1990) betrug. Eine dritte deutlich überrepräsentierte Gruppe in Nein zur EU sind schließlich Personen, die im Bildungssektor einschließlich der Medien beschäftigt sind. Etwas vereinfacht läßt sich sagen, daß der Volkshochschullehrer als das prototypische Mitglied von Nein zur EU gelten kann.

Während Jugendliche, Bauern und Lehrer das soziale Profil der Mitgliederbasis von Nein zur EU prägen, sind andere Gruppen unterrepräsentiert. Überraschenderweise gilt dies vor allem für Frauen und für Beschäftigte im öffentlichen Sektor. Zwar liegen wie erwähnt keine präzisen Daten vor, doch die vorhandenen Quellen legen die Schätzung nahe, daß Frauen nur rund ein Drittel der Mitgliederbasis ausmachen, während sie an der Spitze der Bewegung – und abgesichert durch eine 40-Prozent-Quotenregelung in den Statuten – relativ gleichgewichtig vertreten sind. Außerdem geben die Quellen keinen Anlaß zu der Vermutung, daß Nein zur EU besonderen Zulauf von Erwerbstätigen aus den klassischen Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates (Gesundheitsfürsorge u.a.) erfahren hat, was auch mit dem generell niedrigen Mitgliederanteil von Frauen in der Nein-Bewegung korreliert. Abgesehen vom Bildungsbereich hat sich der öffentliche Beschäftigungssektor demnach nicht als herausragendes Rekrutierungsfeld für die organisierte EU-Opposition erwiesen. Überraschend ist diese Feststellung deshalb, weil Analysen der norwegischen EG/EU-Abstimmungen durchweg zu dem Ergebnis kommen, daß Frauen und öffentlich Beschäftigte überproportional häufig zu einer negativen Einstellung zur EG/EU tendieren.¹⁴

14 Kaiser, Wolfram / Pekka Visuri / Cecilia Malmström / Arve Hjelseth: „Die EU-Volksabstimmungen in Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen: Folgen für die Europäische Union“, *Integration* 18 (2) 1995, S. 76-87; Bjørklund, Tor: „Old and New Patterns: The 'No' Majority in the 1972 and 1994 EC/EU Referendums in Norway“, *Acta Sociologica* 40 (2) 1997, S. 143-159; Pettersen, Per Arnt / Anders Todal Jenssen / Ola Listhaug: „The 1994 EU Referendum in Norway: Continuity and Change“, *Scandinavian Political Studies* 19 (3) 1996, S. 257-281; Jenssen, Anders Todal / Pertti Pesonen / Mikael Gilljam (Hg.): *To Join or Not to Join. Three*

Norwegens Sonderweg nach Europa

Ein gegenüber den Erkenntnissen der Meinungsforschung differenziertes Bild müssen wir uns auch bezüglich der territorialen Verankerung von Nein zur EU machen. Die EU-Opposition wird oft als Bewegung der Peripherie charakterisiert, weil die Ablehnung der EU in der Bevölkerung zunimmt, je weiter man sich vom Zentrum Oslo bzw. den anderen urbanen Zentren in Süd- und Westnorwegen entfernt. Im Hinblick auf die organisierte Anhängerschaft von Nein zur EU muß diese Grundtendenz jedoch relativiert werden. Die Mitglieder-Hochburgen der Bewegung liegen nicht, wie im Lichte der Abstimmungsergebnisse von 1972 und 1994 zu vermuten wäre, in der äußeren Peripherie Nordnorwegens, sondern in der nahen Peripherie Süd- und Zentralnorwegens, also im Hinterland der städtischen Ballungsräume an der Küste. Nordnorwegen ist gemessen am relativen Mitgliederanteil innerhalb von Nein zur EU sogar leicht unterrepräsentiert. Dies zeigte sich schon bald nach der Gründung 1990, als sich die Bewegungsorganisation innerhalb weniger Wochen auf alle Landesteile ausdehnte, nur nicht nach Finnmark im hohen Norden, wo es in Ermangelung lokaler Aktivisten erst 1992 gelang, einen arbeitsfähigen Regionalverband zu etablieren. Gut organisiert war Nein zur EU dagegen von Anfang an im ländlichen Süden und Westen und nicht zuletzt auch in den urbanen Zentren, wo die Mitgliederbasis zwar vergleichsweise schwächer, doch immerhin ebenso stark war wie die der Organisationen der EU-Befürworter. Es wäre daher verkürzt, Nein zur EU als eine Bewegung der Peripherie zu beschreiben, da sie auch im Zentrum des Landes stets sichtbar und handlungsfähig gewesen ist.

Finanziell kann die Bewegung aus drei Quellen schöpfen: aus Eigenmitteln, das heißt Mitgliedsbeiträgen und anderen selbst erwirtschafteten Einnahmen (z.B. durch Verkauf von Werbematerial), aus staatlichen Zuschüssen, die in der Regel als Fördermittel für politische Bildung und Information eingeworben werden können, sowie aus Spenden. Im Vorfeld der EU-Abstimmung (1990-1994) verzeichnete Nein zur EU Gesamteinnahmen in Höhe von rund 11 Millionen Euro (NOK 89 Mio.), die zu kleineren Teilen aus Mitgliedsbeiträgen (17 Prozent) und staatlichen

Nordic Referendums on Membership in the European Union, Oslo: Scandinavian University Press 1998.

Zuschüssen (29 Prozent), überwiegend aber aus Beiträgen Dritter stammten (54 Prozent). 97 Prozent aller Spendeneinnahmen wiederum steuerten die Interessenorganisationen der Primärwirtschaft bei, wobei der Fischereisektor mit 10 Prozent weit weniger Anteil nahm als die Landwirtschaft, die allein 87 Prozent aller Spenden an Nein zur EU aufbrachte. Tatsächlich waren die Verhältnisse schon 1972 ähnlich. Auch die Volksbewegung wurde in der Hauptsache aus Spenden finanziert, und diese kamen zu 88 Prozent aus der Landwirtschaft. Der größte Einzelsponsor 1972 war der Zentralverband der norwegischen Milchbauern (*Norske Melkeproducenters Landsforbund*). Um seinerseits die Millionenspenden aufbringen zu können, verpflichtete der Verband seine Mitglieder zu einer Sonderabgabe, deren Höhe nach der von jedem Landwirt produzierten Milchmenge errechnet wurde. Die Volksbewegung basierte also buchstäblich auf „Milchgeld“.¹⁵ Die Analogie zwischen 1972 und 1994 muß nur in einem Aspekt qualifiziert werden. Nein zur EU erhielt das Gros der Spenden nicht mehr nur aus der Milchwirtschaft, sondern vom nationalen Bauernverband (*Norges Bondelag*) sowie von einer Reihe von Agrarverbänden verschiedener Produktionssparten. Insofern ist aus der einstigen „Milchgeld“-Bewegung gleichsam eine „Milch-Fleisch-und-Eier“-Bewegung geworden.

Die Primärwirtschaft spiegelt sich nicht nur im sozialen und finanziellen Profil der Nein-Bewegung wider, sondern auch in ihrem gesellschaftspolitischen Profil. Die Landwirtschaftsorganisationen haben regelmäßig Spitzenvertreter in die Führungsgremien von Nein zur EU entsandt, ebenso wie die Jugendorganisation des Bauernverbandes (*Norges Bygdeungdomslag*) und andere, eng mit ihnen verbundene Organisationen, deren gemeinsamer Nenner die Verteidigung der „Kulturwerte und Wirtschaftsinteressen im dörflichen Norwegen“ bildet.¹⁶ Darüber hinaus hat die Bewegung kontinuierlich Unterstützung aus der Gewerkschaftsbewegung erhalten sowie von einer Bandbreite zivilgesellschaftlicher Gruppen, die von Umweltverbänden über Künstler und Intellektuelle bis zu Vereinigungen der nordischen

15 Bjørklund, Tor: *Mot strømmen. Kampen mot EF 1961-1972*, Oslo: Universitetsforlaget 1982, S. 214f.

16 Bjørklund, „Mot strømmen“, wie Fußnote 15, S. 132.

Zusammenarbeit und Vertretern der samischen Urbevölkerung reicht. Auch die Frauenbewegung und die in Norwegen vergleichsweise starke Anti-Drogen- und Enthaltensamkeitsbewegung sowie christliche Vereinigungen haben sich Nein zur EU angeschlossen.

Unter parteipolitischen Gesichtspunkten vereinen die Führungsgremien von Nein zur EU ein breites Spektrum von Linksaußen bis in das bürgerliche Lager. Zwischen 1990 und 1994 wurden regelmäßig Mitglieder aus sieben der acht im Storting vertretenen Parteien in Vorstand und Rat von Nein zur EU gewählt; einzig die rechtspopulistische Fortschrittspartei (Frp) blieb außen vor. Angesichts des relativen Übergewichts sozialistischer und sozialdemokratischer Parteivertreter weist Nein zur EU eine linke Grundtendenz auf. Treffender jedoch ist eine Charakterisierung im Anschluß an die beiden Parteien, die als Hauptunterstützer von Nein zur EU gelten können, weil sie materiell, personell und politisch erheblich stärker als die übrigen Parteien zur Etablierung und Entwicklung der Bewegung beigetragen haben. Dabei handelt es sich um die Sozialistische Linkspartei (SV) und die Zentrumspartei (Sp), oder anders gesagt um zwei Parteien, die sich einerseits links und andererseits rechts der Sozialdemokratie verorten. Dieses Mitte-Links-Bündnis kann gemäß der politischen Farbenlehre Norwegens als rot-grüne Allianz bezeichnet werden, wobei das Attribut grün nicht deshalb für die Zentrumspartei steht, weil diese (auch) eine ökologische Programmatik hat, sondern weil sie primär als Interessenvertreterin der ländlichen Peripherie gegenüber dem Zentrum Oslo gilt. Hinzu kommt, daß mit Kristen Nygaard von 1990-1995 ein Mitglied der Sozialdemokraten an der Spitze von Nein zur EU stand, so daß das politisch-ideologische Profil der Bewegung insgesamt als rot-grün mit sozialdemokratischem Antlitz charakterisiert werden kann.

4. Analyse des norwegischen EU-Widerstands

Aus der Theoriediskussion haben sich drei Modelle herauskristallisiert, die anti-integratorische Opposition entweder als Anti-Föderalismus, Nationalismus oder Protektionismus interpretieren und dementsprechend unterschiedliche Annahmen über ihre Akteure und Motive nahelegen. Da diese

drei idealtypischen Modelle einander nicht ausschließen, ist die Erwartung formuliert worden, daß es im Lichte des empirischen Befundes auf eine Abwägung der Frage ankommt, welches Modell die norwegische Anti-EU-Bewegung vergleichsweise am besten beschreibt und insofern eine Gesamtinterpretation liefert.

Beginnen wir mit dem an die Theorie des Funktionalismus anschließenden Modell des Nationalismus. Dieses Modell läßt sich empirisch kaum untermauern. Die norwegische Nein-Bewegung weist durchaus nationalistische Züge auf, insofern in ihr auch radikale Kräfte mit normativ bedenklichen Motiven mitwirken. Dabei handelt es sich vor allem um fundamentalistische Christen, die ihre europapolitische Haltung aus der Exegese biblischer Prophetien im Anschluß an das alttestamentarische Buch Daniel (7-8) und an die Johannes-Offenbarung (13) herleiten und die EU als potentielle Inkarnation einer anti-christlichen Bestie verteufeln. Allerdings sind solche Auffassungen selten außerhalb der freikirchlichen Milieus Süd- und Westnorwegens diskutiert worden. In die Führung von Nein zur EU jedenfalls wurde nie ein Vertreter dieser christlichen Gruppen gewählt, und die öffentlichen Stellungnahmen und Publikationen der Bewegung waren stets „chemisch rein von Ansichten über den Anti-Christen.“¹⁷

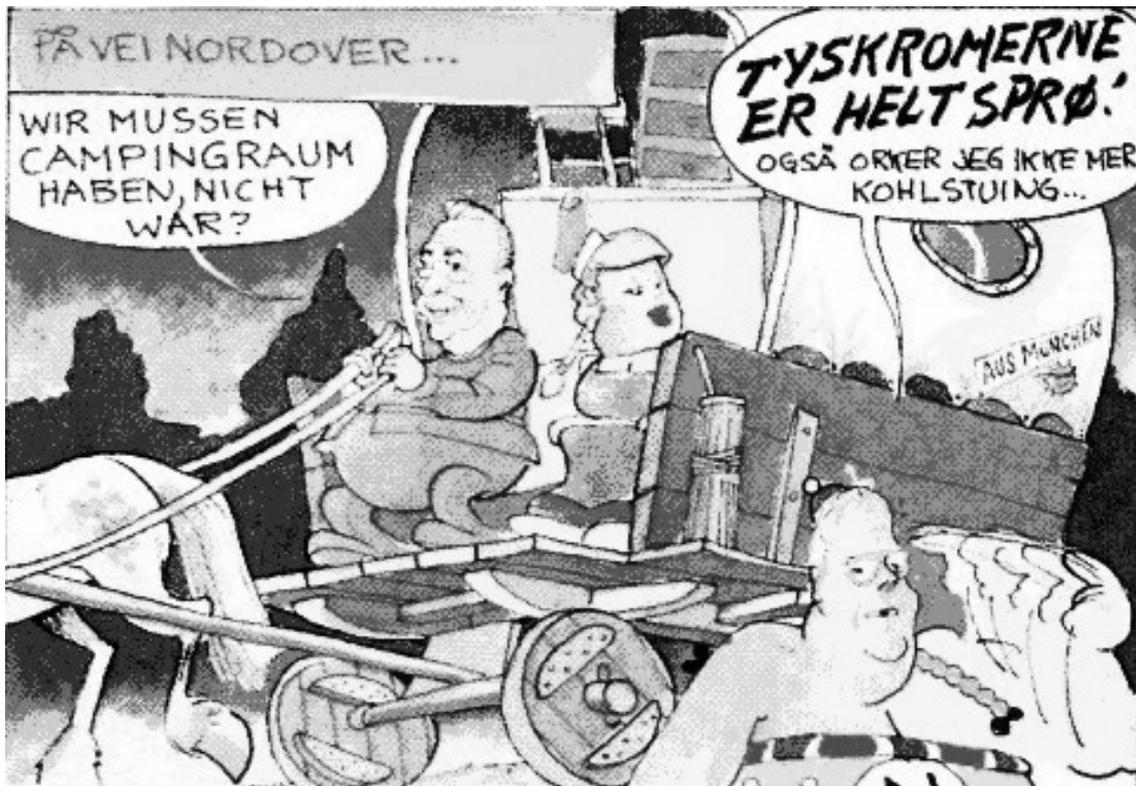
Norwegische Integrationsgegner führen einen nationalen Diskurs, indem sie die Selbständigkeit und Selbstbestimmung der Nation ins Zentrum ihrer Perspektive auf den europäischen Integrationsprozeß stellen. Dieser Diskurs müßte zugleich als nationalistisch charakterisiert werden, insofern er als chauvinistisch übersteigter Patriotismus erscheint, der sich durch die Konstruktion von Feindbildern und Bedrohungsszenarien Ausdruck verleiht. Tatsächlich hat ein bestimmtes Feindbild im norwegischen Widerstandsdiskurs eine gewisse Rolle gespielt, nämlich das Feindbild Deutschland. Vor allem in der Frühphase der ersten großen Europa-Debatte in den sechziger Jahren war in Teilen der Nein-Bewegung die Vorstellung verbreitet, Deutschland arbeite durch die Integration Europas auf ein

17 So Bjørklund, „Mot strømmen“, wie Fußnote 15, S. 201, über die Volksbewegung von 1972.

Norwegens Sonderweg nach Europa

'Viertes Reich' hin. Allerdings verschwand der symbolische und argumentative Rekurs auf Deutschland bereits weitgehend vor dem EG-Referendum 1972. Bei der zweiten großen Europa-Debatte ab Ende der achtziger Jahre tauchten anti-deutsche Ressentiments dann allenfalls noch in Form humoristisch sublimierter Anspielungen auf (siehe Bild). Doch

Bild: Beispiel anti-deutscher Anspielungen in Publikationen von Nein zur EU



Das Bild zeigt einen Ausschnitt aus dem 1994 von der Jugendkampagne gegen EU (*Ungdomskampanjen mot EU*) herausgegebenen Comic mit dem Titel „AstEURix“, in dem die norwegische EU-Debatte nach dem bekannten Vorbild der gallischen Heldengeschichten um Asterix und Obelix aufgearbeitet wird. Auf ihrer Reise durch Europa kommen „AstEURix“ und „Neibelix“ (=Obelix alias Kristen Nygaard, Vorsitzender von Nein zur EU) auch durch Deutschland, wo ihnen im „Rasthof Kohlossus“ zunächst europäische Einheitsgurken serviert werden, bevor ihnen auf dem Weg zurück nach Norden (*På vei nordover...*) eine Art antikes Wohnmobil mit einem deutschen Touristenpaar (*Aus München*) begegnet. Der Mann auf dem Kutschbock stellt den auch in Norwegen sehr populären Schauspieler Horst Tappert dar, dem der nicht ganz fehlerfreie Satz „Wir m[ü]ssen Campingraum haben, nicht wa[h]r?“ in den Mund gelegt wird, woraufhin sich Neibelix an den Kopf faßt und ausruft: „Die spinnen, die Deutschrömer! Außerdem kann ich keinen Kohleintopf mehr sehen...“

Quelle: Jugendkampagne gegen EU, *AstEURix – valgets kvelertak* (AstEURix – Die Qual der Wahl), Text und Illustration von UKRUT & Hei Sveis, o.O. [Oslo], 1994, S. 8.

abgesehen von dieser gleichsam augenzwinkernden Pflege anti-deutscher Vorbehalte sind den vorliegenden Quellen keine Belege für Germanophobie oder vergleichbare national-chauvinistische Auffassungen zu entnehmen.

Einen besseren Interpretationsansatz als der Nationalismus bietet das aus dem Intergouvernementalismus hergeleitete protektionistische Modell. Protektionismus beschreibt eine wichtige Strömung innerhalb der norwegischen Anti-EU-Bewegung, insofern diese wie gesehen maßgeblich durch die Interessen und Ressourcen des Landwirtschafts- und Fischereisektors geprägt worden ist. Nichtsdestotrotz liefert auch das Protektionismus-Modell keine angemessene Gesamtinterpretation des norwegischen Integrationswiderstandes. Bezüglich der Akteure erfaßt es nicht mehr als einen Ausschnitt aus der heterogenen Bandbreite zivilgesellschaftlicher Gruppen, zu denen auch Teile der Norden- und Frauenbewegung, Künstler und Intellektuelle oder Vertreter der Urbevölkerung gerechnet werden müssen, die nicht primär mit sektoralen oder regulativen Interessen identifiziert werden können. Der entscheidende Einwand ergibt sich aber aus der Argumentation der Anti-EU-Bewegung. Im Gesamterscheinungsbild ist der anti-integratorische Diskurs durch eine Reihe von Dualitäten geprägt, die ein norwegischer Integrationsgegner einmal treffend auf die Formel gebracht hat, er sei EU-Gegner, weil er Sozialist und Demokrat sei.¹⁸ Der Sozialist thematisiert die EU vornehmlich als Markt und wirtschaftliche Supermacht, die er als Gefahr für das nordische Wohlfahrtssystem wahrnimmt. Der Demokrat versteht die EU demgegenüber als politische Union und Superstaat, der eine Bedrohung für die nordische Volksherrschaft darstellt. Obwohl die Argumente zur Verteidigung von Wohlfahrt und Volksherrschaft einander ergänzen und sich gegenseitig verstärken, ist ihnen von Nein zur EU unterschiedliches Gewicht gegeben worden. Dies liegt vor allem an der Tatsache, daß die Nein-Bewegung in der Frage des Binnenmarkts gespalten ist. Innerhalb von Nein zur EU steht eine Mehrheit von EWR-Gegnern einer Minderheit EWR-freundlicher EU-Gegner gegenüber. Nach der Annahme des EWR-

18 Der Ausspruch stammt von Dag Seierstad, langjähriges Vorstandsmitglied und Sachverständiger von Nein zur EU, im Interview mit dem Autor, Oslo, 21.6.1999.

Vertrages 1992 geriet Nein zur EU deshalb in eine ernste innere Krise, die mit Sicherheit zur Spaltung der Bewegung geführt hätte, wenn in der EWR-Frage nicht eine 'weiche' Linie eingeschlagen worden wäre, wonach der EWR zwar weiterhin abgelehnt, aber von der Bewegung nicht mehr aktiv bekämpft werden sollte, eine Richtungsentscheidung, die bis heute unverändert gültig ist. An der Haltung zum Binnenmarkt scheiden sich die euroskeptischen Geister in Norwegen, und dieser grundlegende Dissens verhindert, daß Wirtschaft und Wohlfahrt programmatische Priorität im anti-integratorischen Widerstand erlangen können.

Das Modell des Nationalismus ist ungeeignet zur Gesamtinterpretation des norwegischen Integrationswiderstandes, weil es sich in dessen Akteuren und Motiven nur ansatzweise widerspiegelt. Das protektionistische Modell beschreibt zwar eine wichtige Strömung innerhalb der Anti-EU-Bewegung, verfehlt letztendlich aber auch das wesentliche Charakteristikum norwegischer Euroskepsis, weil es einen Primat des Ökonomischen vermutet, der die EU-Gegner in Wirklichkeit jedoch eher spaltet als eint. Bleibt schließlich das Modell des Anti-Föderalismus, das den außerparlamentarischen Integrationswiderstand in Norwegen zwar ebensowenig in all seinen Facetten erfassen kann, aber gleichwohl die vergleichsweise beste Gesamtinterpretation bietet, und zwar aus drei Gründen: Anti-Föderalismus erklärt (a) das Hauptmotiv norwegischer Euroskepsis, (b) die Identität der Anti-EU-Bewegung und (c) ihre politische Stärke.

(a) Norwegische EU-Gegner sind vor allem deshalb Anti-Föderalisten, weil sie ein föderalistisches Verständnis der europäischen Integrationswirklichkeit haben. Für sie bedeutet der Integrationsprozeß mehr als eine intergouvernementale Wirtschaftszusammenarbeit zwischen souveränen Nationalstaaten. Sie verstehen Integration auch nicht als zukunftsoffenen Prozeß, der den Gesetzen funktionalistischer Eigendynamik folgt. Vielmehr materialisiert sich aus ihrer Sicht in der EWG-EG-EU die schrittweise und zielgerichtete Entstehung eines europäischen 'Superstaates', das heißt einer föderalen 'Union', in der die Nationalstaaten ihre angestammte Souveränität verlieren, um in den 'Vereinigten Staaten von Europa' aufzugehen. Stärker als alle ökonomischen Interessenlagen oder ideologischen Prädispositionen

bestimmt diese Finalitätsvorstellung eines europäischen Bundesstaates das Denken und Handeln norwegischer Integrationsgegner. Ihre theoretische Rekonstruktion des europäischen Integrationsprozesses erfolgt damit in Übereinstimmung mit den Prämissen europäischer Föderalisten, allein mit dem Unterschied, daß die EU-Gegner das Föderationsziel selbst ablehnen und durch ihren 'Unionswiderstand' bekämpfen wollen. Norwegische Integrationsgegner sind demnach Theoretiker des Föderalismus unter oppositionellen politischen Vorzeichen, sprich: Anti-Föderalisten.

(b) Anti-Föderalismus ist das Hauptmotiv des norwegischen Integrationswiderstandes, weil er die EU-Gegner über alle Interessen und Ideale hinweg vereint. Unter dem Dach von Nein zur EU wirken eine Reihe verschiedener Parteien, Gewerkschaften, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Interessengruppen zusammen, denen außer dem 'Nein' zur EU oft nur wenig gemein ist. Um ein Gefühl der inneren Zusammengehörigkeit zu erzeugen und zum konzertierten Kampf gegen die EU-Integration zu motivieren, benötigt die Bewegung daher eine weltanschauliche Verbindung oder, um ein Wort des langjährigen Vorsitzenden Kristen Nygaard aufzunehmen, ein „gemeinsames Wirklichkeitsverständnis“ der europäischen Integration.¹⁹ Diskurse über Wirtschaft und Wohlfahrt können ein solches Wirklichkeitsverständnis indes nicht erzeugen, weil in der Bewegung wie gesehen ein grundlegender Dissens über die Haltung zum Binnenmarkt herrscht. Demokratisch begründeter EU-Widerstand ist hingegen geeignet, programmatische und praktische Geschlossenheit herzustellen. Exemplarisch hierfür war die sogenannte Kernargumentation von Nein zur EU im Abstimmungskampf 1994, die auf die Alternative „Volksherrschaft oder Union“ zugespitzt wurde.²⁰ Anti-föderalistische Demokratiekritik ist wie kein zweites Motiv geeignet, der heterogenen Anti-EU-Bewegung Zusammenhalt und Identität zu geben.

19 Nygaard, Kristen: „Et 'Ja' eller 'Nei' er ikke nok i debatten om EF“ (Ein 'Ja' oder 'Nein' ist nicht genug in der Debatte über die EG“), in: Opplysningsutvalget om Norge og EF (Informationsausschuß Norwegen und EG - Hg.): *Fakta og meninger om Norge og EF*, Oslo: Hilt & Hansteen, 1989, S. 12-19.

20 Siehe Nei til EU: *Ja til Fylkestyre* (Ja zur Volksherrschaft), Broschüre, 26 Seiten, Oslo, 1994.

(c) Für die norwegischen Anti-Föderalisten hat das argumentative und programmatische Bekenntnis zur Verteidigung der Demokratie noch einen weiteren Vorzug. Es stiftet nicht nur Identität im Innern, sondern strahlt auch weit über die eigene Anhängerschaft hinaus. Als rot-grüne Allianz hat Nein zur EU ein parteipolitisches Profil mit linker Grundtendenz. Für den Gewinn von Mehrheiten bei Europa-Referenden ist die Mobilisierung der anti-integratorischen Linken jedoch ungenügend. Nur wenn es der Opposition gelingt, über die Linke hinaus auch auf bürgerliche und damit tendenziell pro-integratorisch eingestellte Wählerschichten auszustrahlen, hat sie Aussicht auf direktdemokratische Mehrheiten. Die norwegische Opposition trug 1972 und 1994 den Sieg davon, weil sie mit der Zentrumspartei (Sp) stets einen starken Unterstützer auch aus dem bürgerlichen Parteienlager hatte. Ausschlaggebend für das Nein zur EU war zudem die relativ kleine, aber signifikante Zahl von Parteigängern der Christdemokraten (KrF), Konservativen (H) und Fortschrittspartei (Frp), die Norwegens EWR-Beitritt als notwendig und vorteilhaft begrüßt hatten, einen EU-Beitritt deshalb jedoch als wirtschaftlich und politisch nachteilig ablehnten. Der erfolgreiche Brückenschlag zwischen linken und bürgerlichen EU-Gegnern läßt sich weder mit protektionistischem Interesse noch populistischem Nationalismus erklären. Vielmehr ist er Ausdruck für den politischen Unwillen, den föderalistische Unionsideen in breiten Schichten der norwegischen Gesellschaft hervorrufen.

Hier liegt die eigentliche Stärke der norwegischen Anti-EU-Bewegung. Anti-Föderalismus spiegelt keine innenpolitische Konfliktlinie wider, sondern im Grunde einen gesellschaftlichen Konsens, der auch die meisten Integrationsbefürworter einschließt. In repräsentativen Meinungsumfragen spricht sich maximal ein Zehntel der Norweger prinzipiell für das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa aus. Programmatisch wird dieses Ziel von keiner Partei in Norwegen vertreten, auch nicht von den großen sozialdemokratischen und bürgerlichen Ja-Parteien. Selbst die pro-integratorischen Eliten in Regierung, Wirtschaft und Medien begründen ihr Eintreten für die EU selten mit föderalistischem Idealismus, sondern zumeist mit ökonomischer Opportunität. Den Anti-Föderalisten fehlt daher ein weltanschauliches Gegengewicht. Es gibt einfach zu wenige

Föderalisten in Norwegen, die den Anti-Föderalisten in der Debatte um eine politische Union Europas offen entgegentreten und widersprechen könnten.

5. *Schlußfolgerungen und Ausblick*

Zusammengefaßt in einem Satz lautet die Schlußfolgerung der Analyse: Der norwegische EU-Widerstand ist deshalb so stark und nachhaltig, weil er im Kern anti-föderalistischer Natur ist. Norwegische EU-Gegner sind *Anti-Föderalisten*, da sie sich praktisch gegen das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa wenden. Zugleich sind sie *Anti-Föderalisten*, sofern sie theoretisch von der Prämisse ausgehen, daß sich in der Entwicklung der EWG-EG-EU ein zielgerichteter Prozeß der europäischen Staatswerdung manifestiert. Dieses gemeinsame Wirklichkeitsverständnis des europäischen Integrationsprozesses bildet nicht nur die Grundlage für die Identität der Anti-EU-Bewegung, sondern auch das Potential für den Gewinn gesellschaftlicher Mehrheiten. Die Nachhaltigkeit anti-integratorischer Widerstände in Norwegen ist daher letztlich auf die ungebrochene Hegemonie anti-föderalistischer Einstellungen in allen Teilen der Bevölkerung zurückzuführen.

Im Lichte dieser Erkenntnis spricht wenig dafür, daß künftige Debatten und Entscheidungen über einen EU-Beitritt des Landes fundamental anders verlaufen werden als 1972 und 1994. Denn obwohl – oder gerade weil – Norwegen sich in den letzten Jahren durch EWR, Schengen, GASP, ESVP und als bedeutender Nettozahler der EU weiter angenähert hat, ist davon auszugehen, daß kommende Beitrittsdebatten in erster Linie wieder unter politischen Vorzeichen geführt werden. Damit wird jedoch auch der Anti-EU-Bewegung erneut die Möglichkeit eröffnet sein, tief in der norwegischen Gesellschaft verankerte demokratische Werte und Überzeugungen aufzurufen und argumentativ gegen die EU zu wenden. Nein zur EU jedenfalls ist mit gegenwärtig etwa 25.000 Mitgliedern nach wie vor die größte Oppositionsbewegung ihrer Art in Europa und jederzeit bereit und in der Lage zur effektiven Mobilisierung, sollte das Thema EU-Mitgliedschaft wieder auf die politische Tagesordnung gelangen. Ob und wann dies geschieht, ist

Norwegens Sonderweg nach Europa

derzeit nicht absehbar, zumal die bis 2009 gewählte Regierungskoalition unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg mit den Sozialisten (SV) und der Zentrumspartei (Sp) die beiden Hauptunterstützerparteien von Nein zur EU einschließt, weshalb das rot-grüne Regierungsbündnis nur unter der Voraussetzung zustande kommen konnte, daß die Frage einer EU-Mitgliedschaft bis auf weiteres ausgeklammert bleibt.²¹ Auf diesem Hintergrund kann mit einer Neuauflage der EU-Debatte frühestens im Jahr 2010 gerechnet werden.

21 Der Koalitionsvertrag, die sogenannten Soria-Moria-Erklärung, stellt dazu ausdrücklich fest: „Die Regierung wird keinen Antrag auf eine norwegische EU-Mitgliedschaft stellen“ [http://www.frifagbevegelse.no/multimedia/archive/00690/SoriaMoria-erkl_rin_690079a.pdf; letzter Aufruf: 28.3.2007].

ZEI DISCUSSION PAPER: Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania
in the 21st Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev
Southeastern Europe at the beginning of the 21st century
- C 83 (2001) Lothar Rühl
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Oppeln) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison
Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries
- C 108 (2002) Hans von der Groeben
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 109 (2002) Emil Mintchev /Klaus Büniger
A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept
- C 110 (2002) Michael Lochmann
Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union
- C 111 (2002) Indra de Soysa / Peter Zervakis (eds.)
Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone
- C 112 (2002) José Manuel Martínez Sierra
The Spanish Presidency. Buying more than it can choose?
- C 113 (2002) Winfried Loth
Europäische Identität in historischer Perspektive
- C 114 (2002) Hansjörg Eiff
Serbien – zwei Jahre nach Milosevics Sturz
- C 115 (2002) Peter Doyle
Ireland and the Nice Treaty
- C 116 (2002) Stefan Fröhlich
Das Projekt der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP): Entwicklungen und Perspektiven
- C 117 (2003) Ludger Kühnhardt
Welche Grenzen setzt die Globalisierung der europäischen Integration?
- C 118 (2003) Franz-Josef Meiers (Hrsg.)
Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf die transatlantischen Beziehungen
- C 119 (2003) Hubert Iral
Between Forces of Inertia and Progress: Co-decision in EU-Legislation
- C 120 (2003) Carlo Masala (ed.)
September 11 and the Future of the Euro-Mediterranean Cooperation
- C 121 (2003) Marcus Höreth
When Dreams Come True: The Role Of Powerful Regions In Future Europe
- C 122 (2003) Glen Camp
The End of the Cold War and US-EU-Relations
- C 123 (2003) Finn Laursen / Berenice L. Laursen
The Danish Presidency 2002: Completing the Circle from Copenhagen to Copenhagen
- C 124 (2003) ZEI (Hrsg.)
Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents. Bewertung der Strukturentscheidungen
- C 125 (2003) Hans-Christian Maner
Multiple Identitäten – Der Blick des orthodoxen Südosteuropa auf „Europa“
- C 126 (2003) Janko Prunk
Die rationalistische Zivilisation
- C 127 (2003) Władysław Bartoszewski
Europas Identität nach der Osterweiterung
- C 128 (2003) Dimitris K. Xenakis and Dimitris N. Chrysochoou
The 2003 Hellenic Presidency of the European Union. Mediterranean Perspectives on the ESDP

- C 129 (2004) Fritz Hellwig
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 130 (2004) Thorsten Faas / Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Difference Between Real And Potential Power: Voting Power, Attendance and Cohesion
- C 131 (2004) Andreas Jacobs (ed.)
Euro-Mediterranean cooperation: enlarging and widening the perspective
- C 132 (2004) Ludger Kühnhardt / Gabor Erdödy / Christoph Böhr
L'Europa centrale fra le culture politiche nazionali tradizionali ed una nuova identità europea
- C 133 (2004) Hubert Iral
Wartesaal oder Intensivstation? Zur Lage der EU nach der gescheiterten Regierungskonferenz
- C 134 (2004) Nicole Groß
Netzwerkbildung in der EU als regionale Standortpolitik? Nordrhein-Westfalen und die transnationalen Beziehungen zu Regionen im Benelux-Raum sowie in Mittel- und Osteuropa
- C 135 (2004) Karl-Heinz Narjes
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 136 (2004) Ludger Kühnhardt
The Global Proliferation of Regional Integration. European Experience and World-wide Trends
- C 137 (2004) Andreas Marchetti (ed.)
The CSCE as a Model to Transform Western Relations with the Greater Middle East
- C 138 (2004) Lothar Rühl
Conditions for a European intervention strategy in application of the ESDP and US/Nato crisis management
- C 139 (2004) Hubert Iral
Im Spannungsfeld zwischen Normalzustand und Legitimationsfragen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung und des Verfassungsgebungsprozesses
- C 140 (2004) Franz-Josef Meiers
Transatlantic Relations after the U.S. Elections. From Rift to Harmony?
- C 141 (2004) Ludger Kühnhardt
From National Identity to European Constitutionalism. European Integration: The first fifty years
- C 142 (2005) Ashkaan Rahimi
The Evolution of EU Asylum Policy
- C 143 (2005) Samuel Wells / Ludger Kühnhardt (eds.)
The Crisis in Transatlantic Relations
- C 144 (2005) Hansjörg Eiff
Zum Problem des Kosovo-Status
- C 145 (2005) Miguel E. Cárdenas / Christian Arnold
La experiencia de la Unión Europea y sus anécdotas para la «Comunidad Andina de Naciones» (CAN)
- C 146 (2005) Franjo Štiblar
Preservation of National Identity and Interests in the Enlarged EU
- C 147 (2005) Erol Esen
Grundzüge der Kommunalverwaltung und die europäische Integration der Türkei. Strukturen, Aufgaben und Standpunkte
- C 148 (2005) Jürgen Elvert
Zur gegenwärtigen Verfassung der Europäischen Union. Einige Überlegungen aus geschichtswissenschaftlicher Sicht
- C 149 (2005) Matti Wiberg
New Winners and Old Losers. A Priori Voting Power in the EU25

- C 150 (2005) Siebo M. H. Janssen
Belgien – Modell für eine föderal verfasste EU? Die Föderalisierung Belgiens im Kontext der Europäischen Integration
- C 151 (2005) Geert-Hinrich Ahrens
Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Die schwierige Mission der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachter (August 2004 bis Januar 2005)
- C 152 (2005) Ludger Kühnhardt
Northeast Asia: Obstacles to Regional Integration. The Interests of the European Union
- C 153 (2005) Martin Zimmek
Integrationsprozesse in Lateinamerika. Aktuelle Herausforderungen in Mittelamerika und der Andenregion
- C 154 (2005) Andreas Marchetti (ed.)
Ten Years Euro-Mediterranean Partnership. Defining European Interests for the Next Decade
- C 155 (2006) Valeria Marziali
Lobbying in Brussels. Interest Representation and Need for Information
- C 156 (2006) Nina Eschke / Thomas Malick (eds.)
The European Constitution and its Ratification Crisis. Constitutional Debates in the EU Member States
- C 157 (2006) Ludger Kühnhardt
European Integration: Challenge and Response. Crises as Engines of Progress in European Integration History
- C 158 (2006) Andreas Marchetti
The European Neighbourhood Policy. Foreign Policy at the EU's Periphery
- C 159 (2006) Thomas Demmelhuber
The Euro-Mediterranean Space as an Imagined (Geo-)political, Economic and Cultural Entity
- C 160 (2006) Emil Mintchev / Janusz Musial
Stabilität durch Bildung. Die Fortbildungsprojekte des "Zentrum für Europäische Integrationsforschung" (ZEI) in Südosteuropa (1999 – 2006)
- C 161 (2006) Jürgen Mittag
Escaping the Legitimacy-Accountability-Trap? Perspectives of Parliamentary Participation in European Security and Defence Policy
- C 162 (2006) Cordula Janowski
Globalization, Regional Integration and the EU. Pleadings for a Broader Perspective
- C 163 (2006) Swetlana W. Pogorelskaja
Die Bedeutung der deutschen parteinahen Stiftungen für die EU-Politik gegenüber den MOE- und GUS-Staaten
- C 164 (2006) Wolfram Hilz
Deutschlands EU-Präsidentschaft 2007. Integrationspolitische Akzente in schwierigen Zeiten
- C 165 (2006) Franz-Josef Meiers
Zwischen Partnerschaft und Widerspruch. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit dem 11. September 2001
- C 166 (2006) Christiana Tings
The new German European Policy. Challenges to Decentralised EU Policy Coordination
- C 167 (2007) Ludger Kühnhardt
Europa neu begründen
- C 168 (2007) Marvin Andrew Cuschieri
Europe's Migration Policy Towards the Mediterranean. The Need of Reconstruction of Policy-Making
- C 169 (2007) Ariane Köslér
The Southern African Development Community and its Relations to the European Union. Deepening Integration in Southern Africa?
- C 170 (2007) Thomas Demmelhuber
The European Neighbourhood Policy (ENP) and its Implementation in the Southern Mediterranean. The Case of Egypt

- C 171 (2007) Matthieu Bertrand / Đorđe Popović / Denis Prešova (eds.)
Reconstructing Europe. Two Alternative Proposals for a European Constitution
- C 172 (2007) Frauke Muth
When Sleeping Dogs Wake Up. Norway and Justice and Home Affairs in the European Union
- C 173 (2007) Carsten Schymik
Norwegens Sonderweg nach Europa. Warum Norwegen nicht Mitglied der Europäischen Union ist

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.